



Städteranking. So wie der FC Bayern München regelmäßig die Fußball-Bundesliga dominiert, so tut es die Stadt München im Städteranking der IW Consult. Erneut führt in diesem Jahr an der bayerischen Landeshauptstadt im Niveauranking kein Weg vorbei. Doch auch andere Städte entwickeln sich dynamisch – welche das sind und was es mit dem neuen Infrastrukturindex auf sich hat, erklärt Johannes Ewald von der IW Consult im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-5](#)

IW-Konjunkturprognose

Die deutsche Wirtschaft wird 2026 voraussichtlich um knapp 1 Prozent wachsen. Von einem kraftvollen Aufschwung kann allerdings noch keine Rede sein.

—> [Seiten 6-7](#)

Weihnachten

Die Bundesbürger shoppen Geschenke im Netz und essen Kartoffelsalat mit Würstchen unterm Weihnachtsbaum aus Dänemark: die wichtigsten Zahlen zum Fest.

—> [Seiten 8-9](#)

Dynamisch. Strukturstark. Gut.

Städteranking. München grüßt im Städteranking 2025 der IW Consult erneut von der Spitze, besonders dynamisch entwickelt sich weiterhin Mainz. Darüber hinaus vergleicht das Ranking erstmals, wie es um die Infrastruktur in den deutschen Städten bestellt ist – mit einem Sieger aus Ostdeutschland.

Gewohnt stark: München steht im Städteranking 2025 der IW Consult erneut an erster Stelle. Die bayerische Landeshauptstadt führt die jährliche Rangliste der 71 kreisfreien deutschen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern seit 2013 an.

Für das Städteranking werten die Forscherinnen und Forscher gemeinsam mit ImmoScout24 und der „Wirtschaftswoche“ Indikatoren aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur, Immobilienmarkt und Lebensqualität aus. Münchens größte Stärken liegen im Immobilien- und Arbeitsmarkt – in beiden Teilbereichen steht der Spitzenplatz zu Buche. In keiner anderen deutschen Großstadt ist zum Beispiel der Anteil von Hochqualifizierten an allen Beschäftigten sowie die Beschäftigungsquote von Frauen so hoch.

Auch auf den weiteren Stufen des Treppchens stehen alte Bekannte (Grafik):

Wie im Vorjahr belegen Stuttgart und Ingolstadt Platz zwei und drei des Städterankings.

Die schwäbische Metropole schneidet im Teilbereich Wirtschaft bundesweit am besten ab und profitiert dabei besonders von den ansässigen Industrieunternehmen

Städteranking 2025: Die Top Ten

Für das Städteranking 2025 der IW Consult wurden 71 Großstädte anhand von mehr als 100 Indikatoren bewertet und in drei Rankings sortiert



Niveau: Punktzahl in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur, Immobilienmarkt und Lebensqualität
Dynamik: Entwicklung in den zurückliegenden fünf Jahren
Infrastruktur: Punktzahl in den Bereichen Bildung, Forschung, Verkehr, Digitales und Klima

	Niveau	Dynamik	Infrastruktur
1.	München 67,8	Mainz 60,7	Potsdam 57,9
2.	Stuttgart 62,6	Frankfurt/Main 59,6	Regensburg 57,1
3.	Ingolstadt 60,9	Düsseldorf 58,9	Ingolstadt 55,4
4.	Frankfurt/Main 60,4	Berlin 57,9	Würzburg 55,3
5.	Regensburg 59,7	Köln 56,7	Oldenburg 54,8
6.	Mainz 59,4	Münster 56,3	Halle (Saale) 54,8
7.	Erlangen 59,1	München 56,0	Ulm 54,7
8.	Ulm 57,3	Heidelberg 54,9	Erlangen 54,1
9.	Wolfsburg 57,2	Hamburg 54,1	Heidelberg 54,0
10.	Hamburg 56,8	Bonn 53,6	Braunschweig 53,9

Punkte: Eine Stadt, die bei allen Indikatoren jeweils den Durchschnittswert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50; Einzelindikatoren: gewichtet

Quelle: IW Consult
© 2025 IW Medien / iwd

wie Mercedes-Benz, Bosch oder Siemens, die maßgeblich zu einem hohen Bruttoinlandsprodukt (BIP) sowie einer großen Steuerkraft je Einwohner beitragen. Ingolstadt punktet neben einer ebenfalls starken Wirtschaft mit einem stabilen Arbeitsmarkt.

Während das Niveauranking eine Bestandsaufnahme ist, hat die IW Consult daneben auch erneut die Entwicklung der Städte in den vergangenen fünf Jahren bewertet:

Im Dynamikranking führt weiterhin Mainz, das nach wie vor vom dort ansässigen Pharmaunternehmen BioNTech und dessen Gewerbesteuerzahlungen profitiert.

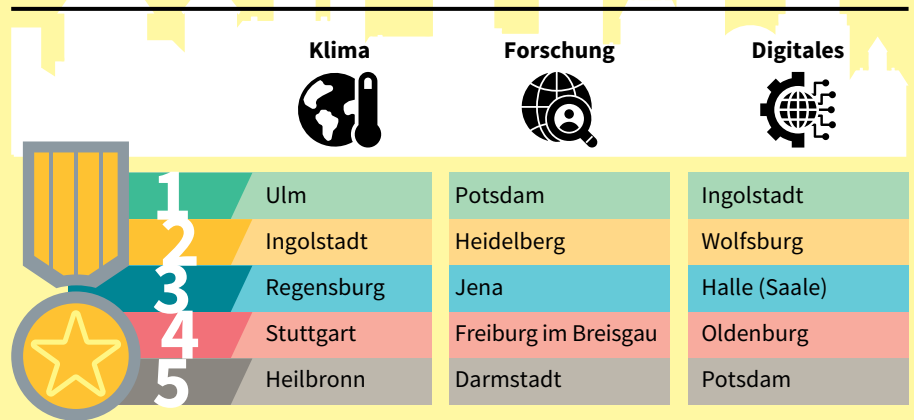
Die Stadt am Rhein hat zudem das bundesweit dritthöchste BIP je Einwohner, nirgendwo sonst hat die Produktivität in den vergangenen fünf Jahren so stark zugelegt.

Hinter Mainz tummeln sich gleich sechs der sieben größten deutschen Städte in den Top Ten, lediglich Stuttgart zeigt sich auf Platz 25 nicht allzu dynamisch. Maßgeblich für den Erfolg der anderen ist ihr gutes Abschneiden im Teilbereich Immobilienmarkt. Darüber hinaus punkten die Metropolen mit einem zunehmenden Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten sowie einem überdurchschnittlichen Anstieg der gemeindlichen Steuerkraft.

Abseits davon ist die positive Entwicklung vieler kleinerer Städte auffällig, in denen ein besonders großer Teil der Bewohner an einer Hochschule eingeschrieben ist. Neben Heidelberg und Bonn, die 30 beziehungsweise 36 Plätze im Dynamikranking aufsteigen, gehören Potsdam, Regensburg, Kassel, Bielefeld und Darmstadt dazu, die zwischen 21 und 27 Plätze nach vorne rücken. Sie alle profitieren von ihren starken Hochschulen – sei es durch mehr hochqualifizierte Beschäftigte, die nach ihrem Studi-

Infrastrukturindex: Worin die Städte spitze sind

Diese Städte schneiden im Städteranking 2025 bei diesen ausgewählten Teilbereichen des Infrastrukturindex am besten ab



Klima: ergibt sich aus den Indikatoren Solar- und Windleistung, Elektrotankstellen und Klimaresilienz
 Forschung: ergibt sich aus den Indikatoren Hochschulen und MINT-Forschungsinstitute
 Digitales: ergibt sich aus den Indikatoren 5G-Mobilfunkversorgung und private Haushalte mit Glasfaseranschluss
 Quelle: IW Consult
 © 2025 IW Medien / iwd



um in der Stadt bleiben, eine ausgeprägte Start-up-Szene oder einen großen Anteil an Einwohnern, die vor Ort Arbeit finden und nicht in andere Städte pendeln müssen.

Zusätzlich zum Niveau- und Dynamikranking hat sich die IW Consult in diesem Jahr angesichts des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität der Bundesregierung erstmals detailliert angeschaut, wie es um die Infrastruktur in den deutschen Städten bestellt ist. Die insgesamt 18 Indikatoren im neu entwickelten Infrastrukturindex umfassen die Bereiche Forschung, Verkehr, Bildung, Digitales und Klima. Der Premieren-Sieger kommt aus Ostdeutschland:

Im Infrastrukturranking schneidet Potsdam am besten ab.

Die brandenburgische Landeshauptstadt punktet mit gleich zwölf Hochschulen und 13 renommierten MINT-Forschungsinstituten vor allem im Bereich Forschung und landet auch im Bereich Digitales in der Spitzengruppe (Grafik) – hier überzeugt die flächendeckende Versorgung der Haushalte mit einem Glasfaseranschluss.

Beim Verkehr liegt Potsdam mit Platz 25 im oberen Mittelfeld – besonders positiv fällt der gute Zustand von Brücken auf Bundesfernstraßen ins Gewicht. Im Verkehrs-Teilbereich insgesamt schneidet Frankfurt am Main dank geringer Pkw-Fahrzeiten zur nächsten Autobahn und zum nächsten Flughafen sowie Platz sechs im Fahrradklima-Test des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs am besten ab.

Verbesserungsbedarf gibt es in Potsdam aber auch, so steht im Teilbereich Klima gerade einmal Rang 68 zu Buche. Der Grund dafür ist neben der niedrigen Ladesäulendichte sowie der geringen installierten Solarleistung je Hektar Stadfläche auch die Anfälligkeit für Naturgefahren. Das zeigt der Klimaresilienzindex, für den die Forscher modelliert haben, wie stark Naturgefahren wie Dürre, Starkregen oder Tornados die städtische Infrastruktur bedrohen. Besonders gefährdet sind demnach Bremerhaven, Mannheim und Ludwigshafen am Rhein. Das geringste klimabedingte Risiko weisen Remscheid, Bielefeld und Salzgitter auf.

Interview. Jährlich bewertet die IW Consult die Lage und Entwicklung der 71 größten deutschen Städte. Was München zum Dauergewinner macht, welche Städte aufholen und was der neue Infrastrukturindex verrät, erläutert Consultant **Johannes Ewald**.

„München wird seinen Spitzenplatz behalten“

München dominiert erneut das Städteranking der IW Consult.

Warum schafft es keine Stadt, an die bayerische Metropole heranzukommen?

München profitiert von einem über Jahrzehnte gewachsenen Zusammenspiel aus starken Unternehmen, exzellenter Forschung, einer lebendigen Start-up-Szene und einem breiten kulturellen Angebot. Diese Faktoren greifen ineinander und erzeugen eine enorme Standortattraktivität – die Mischung gibt es in Deutschland sonst nirgends. Andere Städte versuchen durchaus, das nachzubilden, doch ein solches Ökosystem muss sich über Jahrzehnte entwickeln. Deshalb bleibt München schwer einzuholen.

Dafür ist allerdings der Wohnungsmarkt in München deutschlandweit am teuersten ...

Für die Menschen, die dort wohnen, sind hohe Mietpreise natürlich kein positiver Faktor. Wir nehmen diese im Ranking aber als

Indikator für eine große Standortattraktivität – sie deuten darauf hin, dass viele Menschen aufgrund guter Jobs und hoher Lebensqualität in die Stadt ziehen wollen. Aber nicht nur deswegen führt München in unserem Ranking ebenfalls den Teilbereich Immobilienmarkt an, auch bei der Zahl der Baugenehmigungen sowie dem Wohnungsneubau ist die Stadt ganz vorne dabei. München tut also viel, der hohen Nachfrage nach Wohnraum gerecht zu werden.

Welche Städte haben denn das Potenzial, München zumindest näherzukommen?

Wir sehen in den Top Ten des Städterankings durchaus Bewegung. Frankfurt ist weiter nach vorne gerückt, Regensburg hat drei Plätze gutgemacht. Generell entwickeln sich viele mittelgroße bayerische Städte dynamisch. Aber realistisch betrachtet: München wird in den kommenden Jahren seinen Spitzenplatz behalten. Dafür ist die wirtschaftliche Basis zu breit. Das

unterscheidet München etwa von Städten wie Wolfsburg, die sehr stark an einer Branche hängen und deshalb deutlicher spüren, wenn es konjunkturell nicht läuft.

Auch Mainz war mit BioNTech zuletzt maßgeblich vom Erfolg eines einzelnen Unternehmens geprägt – das aber im ersten Halbjahr 2025 wie schon im gesamten Jahr 2024 Nettoverluste verzeichnete. Geht es für die Stadt bald wieder abwärts?

Mainz hat enorm von BioNTech profitiert, vor allem über die Gewerbesteuererinnahmen. Entscheidend ist aber: Die Stadt nutzt die Mittel, um sich breiter aufzustellen. Aktuell laufen die Bauarbeiten für den „Life Science Campus“ in unmittelbarer Nähe zur Universität und zur Fachhochschule, mit dem sich die Stadt weiter als wichtiger Biotech-Standort positioniert und Raum für weitere Unternehmensansiedlungen schafft. Ob es weiterhin für Platz eins im Dynamikranking reicht, ist offen.



Foto: IWW

Aber Mainz hat gute Voraussetzungen, dauerhaft ein starker Standort zu bleiben.

Ein Blick auf das Ende des Rankings – welche Regionen stehen aktuell nicht gut da?

Das sind vor allem Städte aus dem Ruhrgebiet, die bis heute mit den Folgen des Strukturwandels kämpfen. Die industrielle Basis ist weggebrochen, neue attraktive Arbeitsplätze entstehen nur langsam. Allerdings ist ein leichter Aufwärtstrend erkennbar – acht der elf betrachteten Ruhrgebietsstädte haben sich im Ranking verbessert. Viele exzellente Hochschulen, die hochqualifizierte Fachkräfte hervorbringen, tragen dazu bei. Das Problem ist, dass viele der Studierenden die Region nach ihrem Abschluss verlassen. Wenn man es schaffen würde, mehr Absolventinnen und Absolventen mit attraktiven Jobs in den Städten zu halten, könnte sich das positiv auf das gesamte Ruhrgebiet auswirken. Im Ansatz sieht

man das jetzt schon in Bochum und Dortmund.

Ein bedeutender Impuls für das Ruhrgebiet könnte aufgrund der großen technologischen und industriellen Kompetenzen auch entstehen, wenn der Wasserstoffmarkt in Deutschland Fahrt aufnimmt.

Erstmals haben Sie die Infrastruktur der Städte bewertet – ein Bereich, in dem es in der Bundesrepublik mit maroden Brücken, Schulen und Straßen nicht gerade gut aussieht. Wie fallen ihre Ergebnisse aus?

Es gibt definitiv erheblichen Investitionsbedarf. Von den Brücken auf Bundesfernstraßen sind beispielsweise bereits jetzt schon einige in bedenkenswertem Zustand, viele nur gerade noch ausreichend.

Durch unsere sehr kleinteilige Analyse mit vielen Einzelindikatoren können wir aber auch gut Positivbeispiele identifizieren – so haben Lübeck und Kiel besonders viele Schulen im Vergleich zur Bevölke-

rungszahl, Ingolstadt hat eine besonders gute Glasfaserversorgung der Haushalte. Generell sehen wir eine gewisse Korrelation des Investitionsbedarfs zum Niveauranking – erfolgreiche Städte verfügen meist über eine solide Infrastruktur, der Bedarf liegt eher in strukturschwachen Regionen.

Da wir den Infrastrukturindex ganz neu konzipiert haben, war es für uns grundsätzlich spannend zu sehen, wie einzelne Städte abschneiden. Dass Potsdam hier führt, war für mich eines der interessantesten Ergebnisse des Städterankings.

In Ihrem Klimaresilienzindex haben Sie bewertet, wie hoch das Ausfallrisiko städtischer Infrastruktur beim Eintreten von Naturgefahren ist. Warum ist gerade Remscheid besonders resilient?

Die geografische Lage auf einem mittleren Breitengrad in Deutschland sorgt dafür, dass lange Hitze- oder Dürrephasen seltener als im Süden oder Osten Deutschlands auftreten. Und ohne große Flüsse in unmittelbarer Umgebung besteht kaum Überschwemmungsgefahr. Das mindert das Risiko für die städtische Infrastruktur deutlich.

Insgesamt sind Küstenorte sowie Städte mit unmittelbarer Flussnähe heute und auch in Zukunft besonders gefährdet. Von den zehn von uns untersuchten Naturgefahren stellen vor allem Stürme, Starkregen und Hitzestress bis 2050 bundesweit eine wachsende Bedrohung dar. Ein Risiko ist aber bei nahezu allen Städten, dass ein hoher Investitionsbedarf häufig auf leere Kassen trifft, sodass notwendige Anpassungsstrategien auf den Klimawandel in die Zukunft verschoben werden – dabei wäre es geboten, möglichst früh vorzubeugen.

Besser als nichts

IW-Konjunkturprognose. Zum ersten Mal nach längerer Zeit zeigen alle Konjunkturindikatoren in Deutschland für 2026 leicht aufwärts. Von einem kraftvollen Aufschwung kann allerdings noch keine Rede sein. Denn einigen positiven Impulsen stehen weiterhin viele konjunkturelle Risiken gegenüber, vor allem von außenwirtschaftlicher Seite.

Schon seit einigen Jahren befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer Art Schockstarre. Zwar konnte sie den durch die Coronapandemie bedingten Einbruch relativ schnell überwinden, doch anschließend ging es nur seitwärts (Grafik):

Im dritten Quartal 2025 lag das reale Bruttoinlandsprodukt lediglich um 0,1 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 2019.

Der nähere Blick auf die Nachfrageaggregate zeigt, woran es hierzulande hapert. Während der Staat in den vergangenen Jahren seinen Konsum steigerte und damit einer Rezession entgegentrat, kamen von privater Seite kaum Impulse. Besonders schwach entwickelte sich die Investitionsnachfrage:

Die Investitionen in neue Maschinen, Anlagen, Forschung sowie in Wohn- und Geschäftsbauten lagen im Herbst 2025 real um rund 8,5 Prozent unter dem 2019er Niveau.

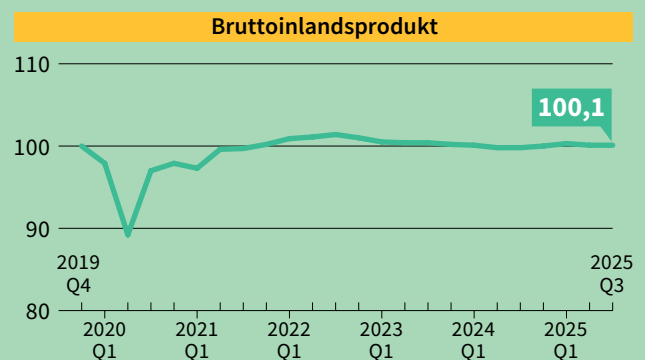
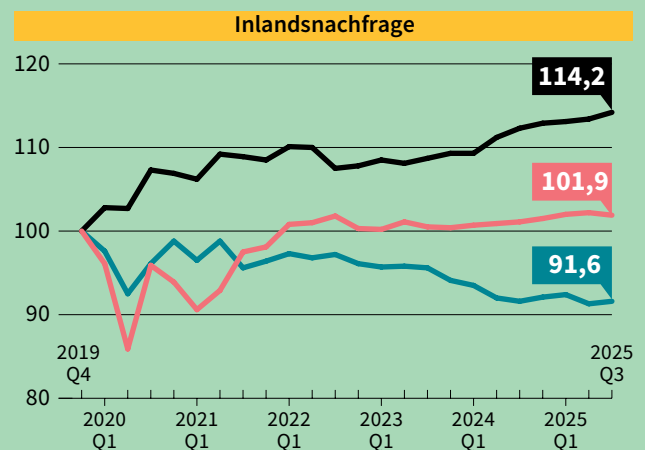
Die Frage ist nun, ob 2026 endlich eine Wende zum Besseren bevorsteht. Hierauf gibt es keine einfache Antwort – zu vielfältig sind die Risiken und Chancen für die Konjunktur in Deutschland.

So spricht vorerst nicht allzu viel dafür, dass sich die maßgeblichen geopolitischen Konflikte umgehend lösen lassen. Zudem müssen die deutschen Exporteure weiterhin mit unangenehmen Überraschungen durch die US-amerikanische Zollpolitik rechnen. Auch mögliche Machtdemonstrationen aus China, die sich auf die Verfügbarkeit wichtiger Rohstoffe auswirken können, erschweren es den hiesigen Firmen, künftige Geschäfte verlässlich zu kalkulieren. Aber natürlich kann sich die Lage an der einen oder anderen Stelle auch deutlich besser entwickeln – etwa, wenn es der internationalen

Konjunktur vom Staat gestützt

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, Jahresdurchschnitt 2019 = 100

■ Privater Konsum ■ Staatskonsum
■ Bruttoanlageinvestitionen



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Diplomatie gelingen sollte, den Krieg in der Ukraine zu beenden.

Die inländische Politik sorgt ebenfalls weiterhin für Verunsicherung – ist doch bislang nicht zu erkennen, dass der Staat die Standortbedingungen umgehend und durchgreifend verbessert. Gleichwohl ist nicht auszuschließen, dass das Sondervermögen doch einen nachhaltigen gesamtwirtschaftlichen Investitionseffekt auslöst.

All diese Chancen und Risiken abwägend hält das Institut der deutschen Wirtschaft einen zaghaften Aufschwung für wahrscheinlich (Grafik):

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2026 um 0,9 Prozent höher ausfallen als im zu Ende gehenden Jahr.

Die Ergebnisse der IW-Konjunkturprognose im Einzelnen:

Außenhandel. Weil die hiesigen Unternehmen – beispielsweise aufgrund hoher Energiekosten – im internationalen Preiswettbewerb Nachteile haben, kann Deutschland am ohnehin schwachen globalen Handelswachstum nur bedingt teilhaben:

Die deutschen Exporte werden 2026 in preisbereinigter Rechnung lediglich um 0,3 Prozent zulegen.

Positive Impulse kommen vor allem aus Europa, während die Geschäfte mit den USA und China schwierig bleiben. Die Importe werden im kommenden Jahr weiterhin stärker wachsen als die Ausfuhren. Dazu tragen auch vermehrte Käufe militärischer Ausrüstung von ausländischen Partnern bei.

Investitionen. Nach der mehrjährigen Schwächephase wird sich die Investitionstätigkeit 2026 allmählich erholen:

Das IW prognostiziert für das kommende Jahr ein reales Wachstum der Anlageinvestitionen von 2,2 Prozent.

Auffällig ist, dass die Ausrüstungsinvestitionen, also beispielsweise die Ausgaben für neue Maschinen, Geschäftsausstattungen und Nutzfahrzeuge, ins Plus drehen. Hier spielen aber vor allem Ersatzinvestitionen eine Rolle, zudem ist die Prognoseunsicherheit bei diesem Aggregat besonders hoch.

Deutlich freundlicher als zuletzt ist das Investitionsklima im Baubereich, unter anderem aufgrund der verbesserten Rahmenbedingungen im Wohnungsbau. Das IW rechnet für 2026 daher mit einem Anstieg der realen Bauinvestitionen um 1,5 Prozent.

Schließlich steigen auch die Investitionen in sonstige Anlagen weiter an – hierunter fallen etwa die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Software und Datenbanken. Das erwartete 3-Prozent-Plus ist ein Indi-

IW-Prognose für Deutschland 2026

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2024	2025	2026
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,1	0,0	0,0
Arbeitslosenquote	6,0	6,3	6,3
Arbeitsvolumen	-0,2	-0,3	0,6
Produktivität	-0,3	0,4	0,3
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,1	0,9
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	0,5	1,0	1,0
Konsumausgaben des Staates	2,6	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	-3,3	-0,7	2,2
– Ausrüstungen	-5,4	-3,0	3,0
– Sonstige Anlagen	0,2	3,5	3,0
– Bauten	-3,4	-1,0	1,5
Inlandsnachfrage	0,2	1,8	1,4
Export	-2,1	-0,8	0,3
Import	-0,6	3,3	1,5
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	2,2	2,2	2,0
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	-2,7	-2,4	-3,1

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;
Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde;
Finanzierungssaldo: in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

kator für die fortschreitende Digitalisierung und ein positives Signal für den Investitionsstandort Deutschland.

Konsum. Hier bleibt der Staat 2026 der eigentliche Motor, während die privaten Haushalte noch nicht so recht Zutrauen in den wirtschaftlichen Aufschwung fassen und eher sparen als verstärkt konsumieren. Daher dürfte das reale Plus der privaten Konsumausgaben wie schon 2025 nur etwa 1 Prozent betragen.

Arbeitsmarkt. Die Zurückhaltung der privaten Verbraucher dürfte auch mit der erwarteten Stagnation auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängen. Der jüngste Anstieg der Arbeitslosigkeit setzt sich zwar voraussichtlich nicht fort, doch ein Zuwachs an offenen Stellen ist ebenso nicht zu erwarten – trotz der Investitionsoffensive der Bundesregierung. Die Zahl der Erwerbstätigen bleibt 2026 denn auch weitgehend konstant bei knapp 46 Millionen.

IW-Report 64/2025

IW-Forschungsgruppe Makroökonomie und Konjunktur:
Immerhin ein Plus – IW-Konjunkturprognose Winter 2025

Das Fest in Zahlen

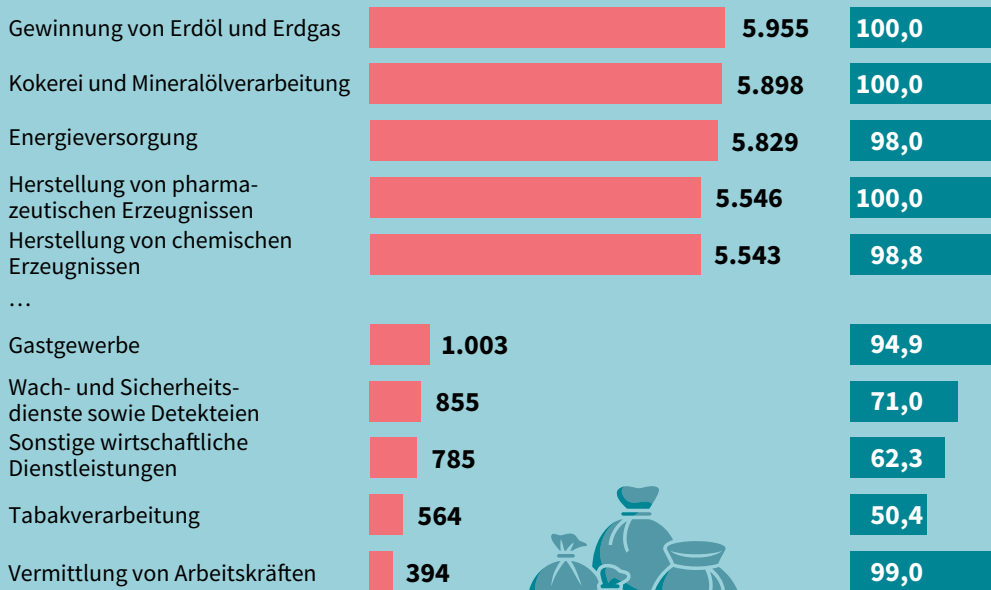
Weihnachten. 263 Euro, rund 11 Prozent weniger als im vergangenen Jahr, wollen Verbraucher in Deutschland dieses Jahr im Schnitt für Weihnachtsgeschenke ausgeben – und viele Artikel der Unterhaltungselektronik sind tatsächlich billiger geworden. Obwohl die Innenstädte in der Vorweihnachtszeit voll sind, kaufen die Deutschen zunehmend online ein. Das gilt allerdings nicht für das Weihnachtsessen, das bei rund einem Drittel der Bundesbürger aus Kartoffelsalat und Würstchen besteht: Nur

knapp 3 Prozent der Lebensmittel in Deutschland werden online geordert. Neben Geschenken und gutem Essen darf auch der Christbaum im Wohnzimmer nicht fehlen. Trotz einer hiesigen Weihnachtsbaumanbaufläche von 19.100 Hektar kamen zuletzt 1,8 Millionen Bäume aus dem Ausland. Und wie finanziert sich das Weihnachtsspektakel? Rund die Hälfte aller Arbeitnehmer und sogar fast 86 Prozent der Tarifbeschäftigten in Deutschland erhalten Weihnachtsgeld.

Sonderzahlung: Wer bekommt wie viel?

So viel Euro Weihnachtsgeld (brutto) erhielten Tarifbeschäftigte dieser Branchen im Durchschnitt im Jahr 2024

■ Anteil der Beschäftigten, die diese Sonderzahlung erhielten, in Prozent



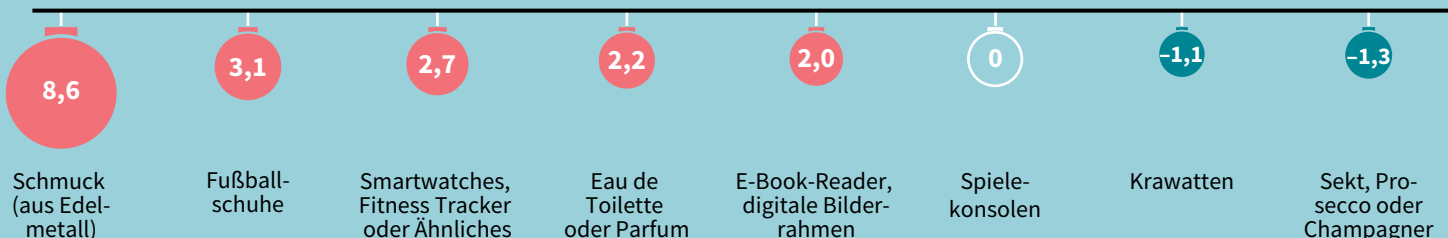
Quelle: Statistisches Bundesamt © 2025 IW Medien / iwd



iwd

Geschenke: Unterhaltungselektronik ist oft günstiger geworden

Um so viel Prozent veränderten sich die Preise für typische Weihnachtsgeschenke im Oktober 2025 gegenüber dem Vorjahresniveau



Shoppen im Netz immer beliebter

Um so viel Prozent veränderte sich der reale Umsatz in Deutschland im ... im Jahr 2024 gegenüber 2014

... Einzelhandel

8,5



... Versand- und Interneteinzelhandel

140,1



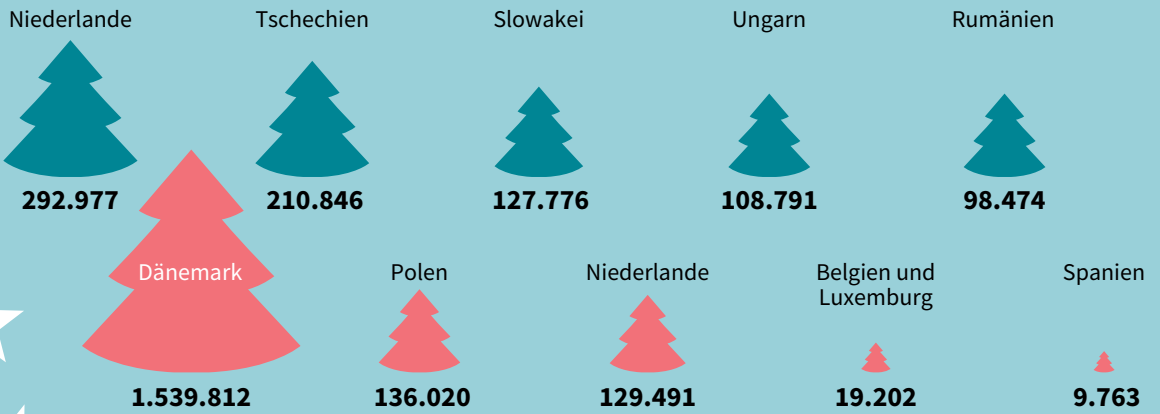
Quelle: Statistisches Bundesamt © 2025 IW Medien / iwd

iwd

Tannen-Hin-und-Her

So viele Weihnachtsbäume exportierte Deutschland im Jahr 2024 in die fünf größten Abnehmerländer bzw. importierte Deutschland aus den fünf größten Lieferländern

■ Zahl der exportierten Bäume
■ Zahl der importierten Bäume



Quelle: Statistisches Bundesamt © 2025 IW Medien / iwd

iwd

Das kommt auf die Festtafel

In so viel Prozent der Haushalte in Deutschland gibt es diese Gerichte an Weihnachten zu essen



Mehrfachnennungen; Befragung von 1.049 Personen zwischen 18 und 79 Jahren im Oktober/November 2024
Quelle: Statista Consumer Insights © 2025 IW Medien / iwd

iwd

-1,5

-4,0

-4,6

-4,9

-5,5

-8,2

-10,6

2,3

Kaufläden, Puppenhaus und anderes Spielzeug

Mobiltelefon (ohne Vertrag)

Desktop-PCs

Kameras

Laptops

Bücher (Belletristik)

Fernseher

Verbraucherpreise insgesamt

Quelle: Statistisches Bundesamt © 2025 IW Medien / iwd

iwd

Die komplexe Kitakrise

Kinderbetreuung. In Deutschland fehlen immer noch viele Kitaplätze, wenn auch weniger als im vergangenen Jahr. Der Bedarf ist allerdings höchst ungleich verteilt.

Die Kitalücke in Deutschland ist kleiner geworden – zumindest in absoluten Zahlen: Im Jahr 2025 fehlten bundesweit etwa 300.000 Plätze für unter Dreijährige, rund 25.000 weniger als noch vor fünf Jahren. Der Rückgang lässt sich allerdings nicht auf ein erweitertes Betreuungsangebot zurückführen, sondern schlicht auf niedrigere Geburtenraten (Grafik):

Ende 2024 lebten rund 190.000 weniger unter Dreijährige in Deutschland als vier Jahre zuvor.

Aussagekräftiger als die absolute Zahl der fehlenden Kitaplätze ist demnach die Betreuungslücke – also der Anteil der unter Dreijährigen, die trotz Bedarfs nicht betreut wurden,

an allen Kindern dieser Altersgruppe. Und dieser ist in den vergangenen Jahren nahezu konstant geblieben:

Deutschlandweit suchten 2025 die Eltern von rund 14 Prozent der Kleinkinder vergeblich einen Kitaplatz.

Dabei zeigen sich allerdings große regionale Unterschiede. Während die Lage besonders im Westen angespannt bleibt, ist der Bedarf an Betreuungsplätzen im Osten deutlich geringer.

Aufgrund dieser großen Differenz braucht es auch unterschiedliche Strategien, um die Kinderbetreuung bestmöglich zu gewährleisten. Während Länder und Kommunen im Westen das Betreuungsangebot

bedarfsgerecht ausbauen sollten, gilt es angesichts der niedrigen Geburtenraten in Ostdeutschland, die Zahl der Kindertagesstätten langsam zu reduzieren und die darin Beschäftigten in anderen Einrichtungen einzusetzen, um dort den oftmals noch unzureichenden Betreuungsschlüssel zu verbessern: Im Jahr 2023 kamen im Osten über die verschiedenen Kitagruppen hinweg auf eine Fachkraft im Median rund zwei Kinder mehr als im deutschlandweiten Vergleich.

Die frei werdenden Räume sollten allerdings weiterhin für soziale Zwecke genutzt werden – zum Beispiel als Jugendtreff oder Vereinsheim. Das macht es einfacher, sie im Falle steigender Geburtenraten wieder in Betreuungseinrichtungen umzuwandeln.

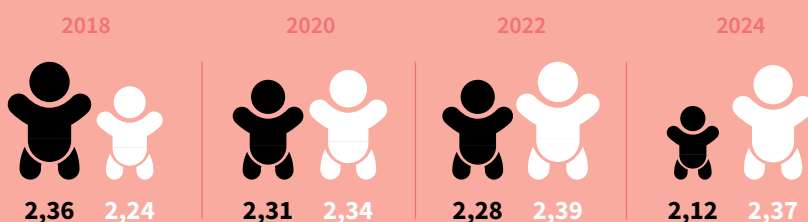
Deutschlandweit ist es darüber hinaus wichtig, Kinder, die in ihren Familien nicht ausreichend Deutsch lernen können, frühzeitig in Kitas zu bringen. Schließlich ist gerade in dieser Gruppe die Betreuungsquote aktuell noch gering. Helfen können dabei Informations- und Beratungsangebote für die Eltern dieser Kinder.

Weniger Kleinkinder in der Bundesrepublik

Zahl der Kinder in diesem Alter in Deutschland in Millionen

■ Unter Dreijährige

■ Drei- bis Fünfjährige



Stand jeweils 31. Dezember

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

IW-Report 63/2025

Wido Geis-Thöne: 300.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige fehlen

Geld ist nicht genug

Europäische Union. Wenn Regionen verstärkt von EU-Fördermitteln profitieren, heißt das nicht, dass die Menschen dort in der Folge positiver auf die europäische Integration schauen. Um das zu erreichen, müsste die EU stärker auf die Wachstumswirkung ihrer Förderprogramme achten und vor Ort sichtbarer werden.

In vielen EU-Ländern befeuern vor allem rechtspopulistische oder -extreme Parteien europaskeptische Haltungen. Die EU selbst setzt bislang darauf, über die sogenannte Kohäsionspolitik – deren wichtigsten Instrumente sind der Europäische Sozialfonds und der Europäische Fonds für regionale Entwicklung – mehr Geld in die Förderung wirtschaftlich schwächerer Regionen fließen zu lassen. Zum einen sollen die Regionen so zur durchschnittlichen Wirtschaftskraft der EU aufschließen, zum anderen soll der Widerstand gegen „die da in Brüssel“ eingedämmt werden.

Eine neue IW-Studie legt nahe, dass die simple Strategie „Geld gegen Liebe“ nicht funktioniert. Dies zeigt sich vor allem in Osteuropa (Grafik):

Obwohl der Anteil der auf die osteuropäischen EU-Staaten entfallenden regionalpolitischen EU-Fördermittel von 29 Prozent im Zeitraum 2007 bis 2013 auf 52 Prozent in den Jahren 2014 bis 2020 stieg, ist die Zustimmung zur europäischen Integration von 2007 bis 2020 in 85 Prozent der Regionen in diesen Ländern gesunken.

Selbst in 64 Prozent jener osteuropäischen Regionen, die von EU-Fördergeldern profitierten, nahm die Skepsis gegenüber der europäischen Integration zu.

Eine nähere statistische Analyse bestätigt, dass eine stärkere EU-Förderung in einer Region nicht per se dazu führt, dass die Menschen weniger kritisch über die EU urteilen.

Die Studie lässt allerdings auch erkennen, dass es die EU unter zwei Bedingungen schaffen kann, mit ihrer Politik höhere Zustimmungswerte zu erreichen:

Wirksamkeit. Nicht einmal vier von zehn durch die EU geförderte Regionen konnten zuletzt wirtschaftlich spürbar zum EU-Durchschnitt aufschließen. Doch dort, wo dies gelang, verringerte sich auch die Euroskepsis. Die zuständigen EU-Politiker sollten also verstärkt auf wachstumsfördernde Projekte setzen.

Sichtbarkeit. Wo Menschen erkennen, dass beispielsweise die Sanierung des Straßennetzes oder der Neubau eines Krankenhauses der finanziellen Unterstützung aus Brüssel zu verdanken war, blicken sie mehrheitlich

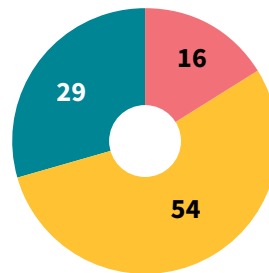
positiver auf die EU. Die EU muss also verstärkt in den (sozialen) Medien auf den konkreten Nutzen ihrer regionalpolitischen Förderung für die Bevölkerung vor Ort aufmerksam machen.

Osteuropa: Wachsende Euroskepsis trotz mehr Fördergeld

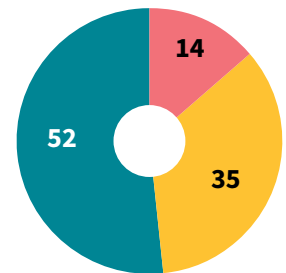
■ West- und Nordeuropa ■ Südeuropa ■ Osteuropa

So viel Prozent der EU-Konvergenzfördermittel kamen in der Förderperiode ... diesen Ländergruppen zugute

... 2007 bis 2013



... 2014 bis 2020



In so viel Prozent der Regionen innerhalb dieser Ländergruppen ist die durchschnittliche Zustimmung zur europäischen Integration zwischen 2007 und 2020 gesunken



EU-Konvergenzfördermittel: Im Rahmen der Kohäsionspolitik stehen im Wesentlichen jenen Regionen, deren Bruttoinlandsprodukt je Einwohner weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts beträgt, Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zu; West- und Nordeuropa: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden; Südeuropa: Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien, Zypern; Osteuropa: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn

Quellen: EU-Kommission, European Social Survey © 2025 IW Medien / iwd



IW-Kurzbericht 95/2025

Matthias Diermeier, Michael Bayerlein: Euroskepsis trotz Fördermilliarden – Was die EU daraus lernen sollte

Chance für ausländische Fachkräfte

Arbeitsmarkt. Seit Mitte 2024 können ausländische Fachkräfte aus Drittstaaten unter bestimmten Bedingungen ohne konkretes Jobangebot nach Deutschland kommen und hier nach einer Arbeit suchen. Die sogenannte Chancenkarte bietet viel Potenzial für qualifizierte Einwanderung, allerdings steht dem noch eine unzureichende Digitalisierung in den Behörden im Weg.

Fachkräfte aus dem Ausland für den deutschen Arbeitsmarkt gewinnen – das ist bislang oft ein schwieriger und langwieriger Prozess. Um ihn zu vereinfachen, hat die Bundesregierung 2023 das Fachkräfteeinwanderungsgesetz überarbeitet. Ein neuer Bestandteil ist die Chancenkarte. Dieses Visum ermöglicht es seit Juni 2024 qualifizierten Fachkräften aus Drittstaaten, nach Deutschland einzureisen und sich hier bis zu einem Jahr lang um einen Job zu bemühen. Zuvor war dies nur unter strengen Auflagen gestattet.

Innerhalb des ersten Jahres stellten deutsche Auslandsvertretun-

gen fast 11.500 Chancenkarten-Visa aus. Ein Land sticht dabei hervor (Grafik):

Indien vereint mit 3.721 Visa fast ein Drittel der bislang ausgegebenen Chancenkarten auf sich. Dahinter folgt die Volksrepublik China mit 807.

Das neue Visum bietet nicht nur den Interessierten aus dem Ausland neue Möglichkeiten. Auch die Unternehmen in Deutschland profitieren davon, dass potenzielle Mitarbeiter schon hier leben und keine umständlichen Verfahren notwendig sind.

Auch die Integration sollte einfacher gelingen – schließlich

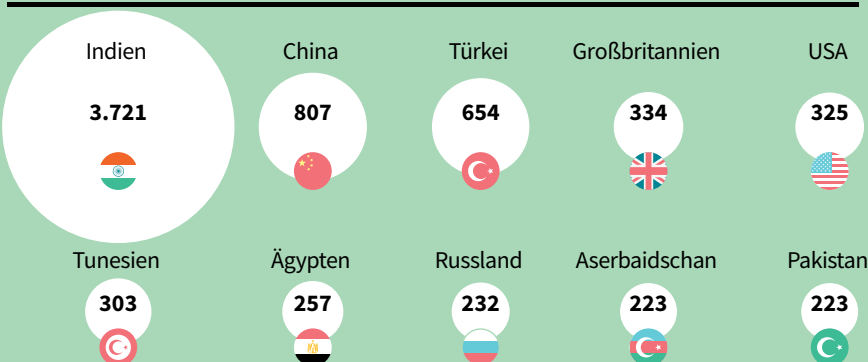
beweisen ausländische Fachkräfte, die mit der Absicht, hier zu arbeiten, in die Bundesrepublik einreisen, bereits eine hohe Motivation, sich einzubringen.

Trotz aller Vorteile ruckelt es aber noch im System. So sind die rechtlichen Regelungen für Visa weiterhin sehr komplex und werden von den Behörden teils unterschiedlich ausgelegt. Dazu können sich die Bearbeitungszeiten der Anträge auf eine Chancenkarte je nach Standort über Monate erstrecken.

Ein großes Problem bleibt zudem die mangelnde Digitalisierung der deutschen Behörden. Die Chancenkarten-Regelung ist ausschließlich als digitales Verfahren konzipiert, in vielen der 167 von Deutschland betriebenen Visastellen in 134 Ländern ist die digitale Antragstellung allerdings noch nicht möglich. Auch in den Ausländerbehörden kommt das digitale Antragsverfahren für Aufenthaltstitel nur langsam voran. Die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehene digitale koordinierende Anlaufstelle für die gesamte Verfahrenskette der Erwerbsmigration sollte daher unbedingt schnell aufgebaut werden.

Visa per Chancenkarte: Hohe Nachfrage in Indien

So viele Chancenkarten wurden in diesen Ländern bis Mitte Juni 2025 ausgestellt



Chancenkarte: Mit diesem Visum können qualifizierte Fachkräfte seit Juni 2024 ohne konkretes Jobangebot für die Jobsuche nach Deutschland einreisen

Quelle: Deutscher Bundestag
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 96/2025

Michaëlle Nintcheu: Fachkräfteeinwanderung über die Chancenkarte

Milliarden für gute Zwecke

Spenden. Die Spendenbereitschaft ist in Deutschland im vergangenen Jahr gestiegen. Auch die durchschnittliche Spendenhöhe und die Gesamtsumme legten zu. Regional gibt es deutliche Unterschiede – in strukturstarken Bundesländern sind die Menschen eher bereit, etwas zu geben.

Die Vorweihnachtszeit ist nicht nur für den Einzelhandel die wichtigste Zeit des Jahres, sondern traditionell auch für die meisten gemeinnützigen Organisationen. Wenn das besinnliche Fest vor der Tür steht, denken viele Menschen auch an Bedürftige und spenden besonders gern und viel.

Aber auch im restlichen Jahr lassen die Bundesbürger etwas für den guten Zweck springen – zuletzt sogar wieder verstärkt:

Im Jahr 2024 spendete nach eigenen Angaben knapp die Hälfte der Bevölkerung ab 18 Jahren, das waren knapp 10 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

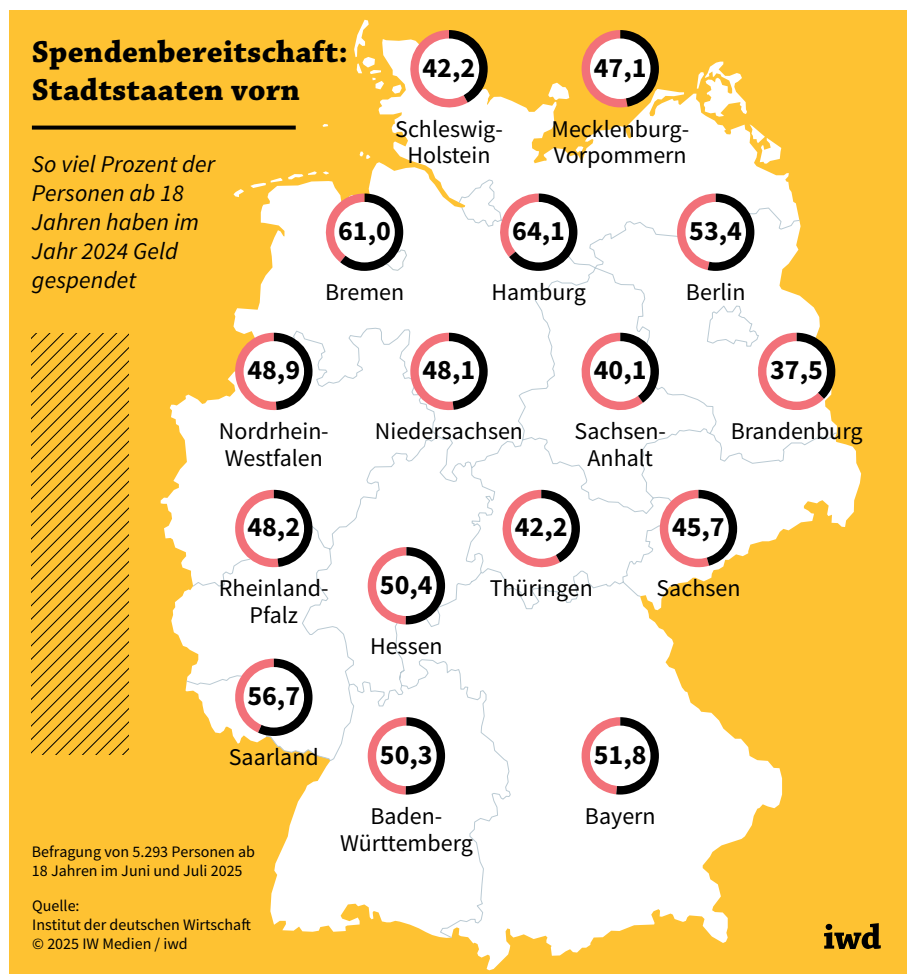
Auch die Spendenhöhe hat zulegt. Im vergangenen Jahr gaben die Spender im Durchschnitt 415 Euro, das waren 13 Euro mehr als 2023. Hochgerechnet ergibt sich daraus ein Spendenvolumen in Deutschland von gut 14 Milliarden Euro.

Besonders viele spendable Menschen leben in den nördlichen Stadtstaaten (Grafik):

Hamburg hatte 2024 mit gut 64 Prozent bundesweit den höchsten Spenderanteil in der erwachsenen Bevölkerung. Dahinter folgte Bremen mit 61 Prozent.

Eher gering war die Spendenbereitschaft dagegen in strukturschwachen Bundesländern, allen voran Brandenburg (37,5 Prozent).

Dasselbe Muster ist bei der mittleren Spendensumme zu erkennen. Regionen mit einem unterdurch-



schnittlichen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf finden sich auf den hinteren Plätzen wieder. Am meisten gaben die Menschen in den wirtschaftsstarken Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg.

Und wofür spendeten die Bundesbürger? Am häufigsten unterstützten sie Menschen mit Behinderung oder Krankheit sowie die Kinder- und Jugendhilfe – jeweils gut 30 Prozent der Spender widme-

ten ihr Geld diesen Zwecken. Ein großes Herz haben die Menschen im Land auch für den Tierschutz, er kam auf 24 Prozent. Danach folgten Nothilfen für Krisenregionen sowie der Umwelt- und Naturschutz.

IW-Kurzbericht 99/2025

Dominik Enste, Jennifer Potthoff: 14 Mrd. Euro für den guten Zweck – Fast jeder zweite Deutsche spendet

He(e)r mit den Soldaten

Verteidigung. Deutschland will die Bundeswehr personell aufstocken. Gelingen soll dies mit dem „Neuen Wehrdienst“, der auf Freiwilligkeit basiert. IW-Berechnungen zeigen aber, dass die angedachte Sollstärke so nicht zu erreichen ist. Vielmehr muss es darum gehen, die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiv zu machen.

Im Zuge des russischen Angriffskriegs rief der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) eine Zeitenwende aus. Nun soll sich diese in der Verteidigungspolitik auch beim Personal widerspiegeln. Die aktuelle Regierung will die Bundeswehr deutlich vergrößern.

Erreicht werden soll dies über eine größere Zahl an Menschen, die freiwillig Wehrdienst leisten. Der Gedanke dahinter: Aus der größeren Masse von Freiwilligen sollen mehr Soldaten und Reservisten hervorgehen.

Angedacht ist zunächst ab 2026 ein Online-Fragebogen zur Bereitschaft zum Wehrdienst, den alle 18-jährigen Männer ausfüllen müssen. Ab Juli 2027 soll es eine verpflichtende Musterung für diese geben. Der Wehrdienst als solcher bleibt aber freiwillig. Frauen sind von den neuen Wehrdienstplänen nicht betroffen.

Darüber hinaus will die Regierung den Wehrdienst finanziell attraktiver machen. Der Einstiegsold für freiwillige Wehrdienstleistende soll von etwa 1.700 Euro auf 2.300 Euro netto im Monat steigen.

All das soll dazu führen, dass sich mehr junge Männer für die Bundeswehr entscheiden: Im Jahr 2035 soll es laut den Regierungsplänen in Deutschland 260.000 Soldaten und 200.000 Reservisten geben. Die Differenz zwischen Soll- und Istwert ist derzeit aber groß (Grafik):

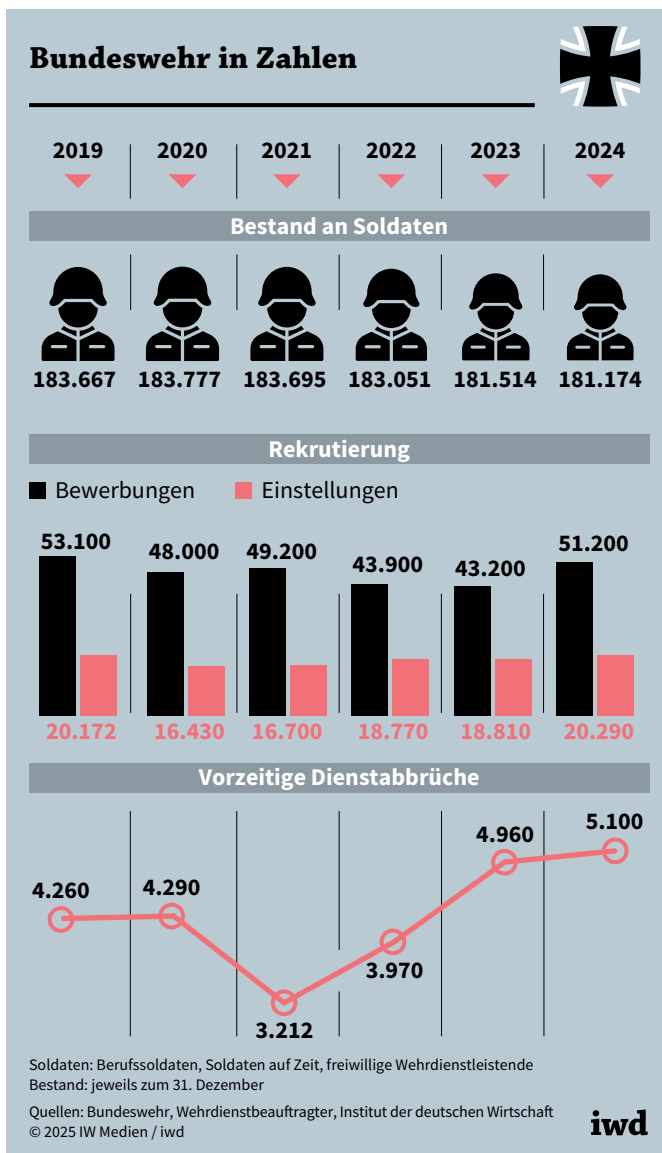
Zum Jahresende 2024 zählte die Bundeswehr gut 181.000 Soldaten.

Bei den Reservisten ist die Diskrepanz noch größer. In den kommenden zehn Jahren müsste sich ihre Zahl vervierfachen, um die Vorgabe zu erfüllen.

Wie realistisch die angestrebte Entwicklung ist, hat nun das Institut der deutschen Wirtschaft untersucht. Dazu haben die Forscher Parameter wie die Erstverpflichtungsquote einfließen lassen. Sie gibt an, mit welcher Wahrscheinlichkeit sich Wehrdienstleistende anschließend für einen Soldatendienst verpflichten. Ebenso fließen auf bisherigen Daten aufbauend die Zahlen derer ein, die den Wehrdienst vorzeitig abbrechen. Das Ergebnis ist ernüchternd (Grafik Seite 15):

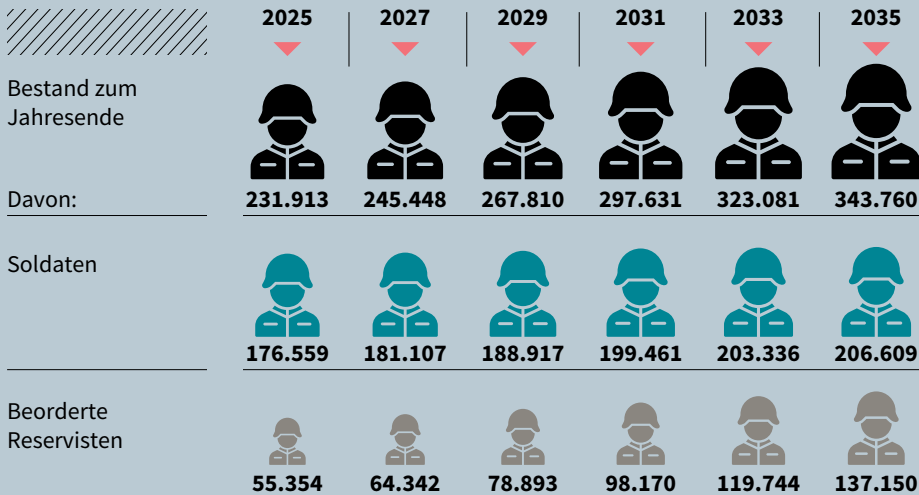
Im Jahr 2035 erreicht Deutschland nach IW-Schätzungen knapp 207.000 Soldaten und etwas mehr als 137.000 Reservisten.

Damit bliebe die Rekrutierung deutlich hinter den Zielmarken der Politik zurück. Auch Jahre nach dem

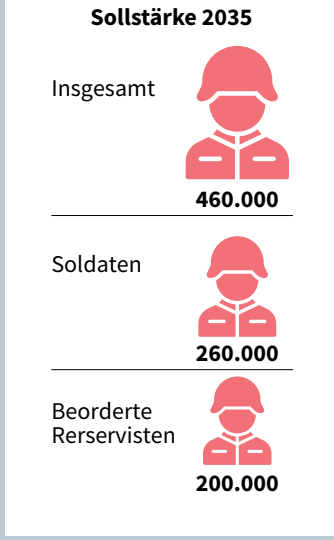


Der Plan geht nicht auf

Entwicklung der Soldaten und Reservisten in der Bundeswehr auf Grundlage öffentlicher Ankündigungen und bisheriger Erfahrungen



Soldaten: Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, freiwillige Wehrdienstleistende
 Beordnete Reservisten: ehemalige Soldaten, die regelmäßig Reservendienst leisten und somit ihre Fähigkeiten aufrechterhalten
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd



eigentlichen Zieltermin würde die Sollstärke nicht erreicht. Selbst in einem optimistischen Szenario, das eine geringere Abbrecher- und eine höhere Erstverpflichtungsquote zugrunde legt, würden die Ziele erst 2039 erreicht. Um dies schon 2035 zu schaffen, müsste zusätzlich die Zahl jener, die freiwillig Wehrdienst leisten, schneller und etwas stärker steigen.

Damit der Personalaufbau der Bundeswehr im gewünschten Maße gelingt, muss der Wehrdienst daher grundsätzlich attraktiver werden. Dazu gibt es mehrere Ansatzpunkte:

Besoldung. Die Erhöhung des Solds könnte Mitnahmeeffekte und damit eine niedrige Erstverpflichtungsquote nach sich ziehen. Es könnte sinnvoll sein, die Auszahlung stärker an ein Durchhalten zu knüpfen. In Schweden – das Land wird oft als Vorbild für das neue Wehrdienstmodell genannt – erhalten die Wehrdienstleistenden die Hälfte des Solds erst nach Abschluss ihrer Dienstzeit.

Dienstzeit. Aus ökonomischer Sicht ist es wichtig, dass der Wehrdienst nicht die Übergänge in Bildung und

Arbeit erschwert. Dessen Beginn und Ende sollten die Wehrdienstleistenden deshalb möglichst frei wählen können, damit sie nicht den Starttermin für eine Ausbildung oder ein Studium verpassen. Außerdem könnte es sinnvoll sein, freiwillige Wehrdienstleistende, deren Übernahme als Zeitsoldat weniger aussichtsreich erscheint, vorzeitig in Ausbildung, Studium oder einen Job zu vermitteln.

Flexibilität. Ein weiterer Punkt betrifft die Weiterverpflichtung von Soldaten auf Zeit. Sie scheitert zu oft an einem Mangel an Planstellen. Hier muss die Bundeswehr flexibler werden, damit sie keine motivierten Soldaten verliert. Wenn Eignung und Bedarf grundsätzlich da sind, sollte die weitere Anstellung im Einzelfall nie an starren Regeln scheitern.

IW-Report 57/2025

Alexander Burstedde, Paula Risius, Hubertus Bardt: Wehrpflichtsdebatte – Attraktivität der Bundeswehr entscheidend

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
 Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · Redaktion: Berit Schmiendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger
 Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche**2,4**

mehr Arbeitstage als in diesem Jahr gibt es 2026 in Deutschland. Im bundesweiten Durchschnitt summieren sie sich unter Berücksichtigung der je nach Bundesland unterschiedlichen Zahl der Feiertage auf 250,5. Zum Vergleich: Seit der Wiedervereinigung mussten die Beschäftigten im Jahr 2004 mit durchschnittlich 252,8 Tagen am längsten arbeiten, 1991 mit 246,9 Tagen am kürzesten. Grund für den Anstieg im kommenden Jahr ist, dass mit dem Tag der deutschen Einheit und dem zweiten Weihnachtstag gleich zwei deutschlandweite gesetzliche Feiertage ebenso auf ein Wochenende fallen wie der Reformationstag und Allerheiligen, an denen in neun beziehungsweise fünf Bundesländern die Arbeit ruht. Apropos Feiertage: Die meisten davon gibt es mit 13 – in manchen Orten sogar 14 – in Bayern, die anderen Bundesländer kommen auf zehn bis zwölf.

IW verleiht Wissenschaftspreis Bürokratie

16 Monate lang hat die Ethnologin Anna R. Louban (Mitte) in Berliner Ausländer- und Einbürgerungsbehörden sowie in Integrationskursen beobachtet, wie „migrationsbürokratische Prozessierung“ von ausländischen Bürgern vonstattengeht. Die Erkenntnisse ihrer Feldforschung hat sie in ihrer Dissertation „Eine Anthropologie der deutschen Migrationsbürokratie: Akteur:innen, Praktiken und die (un)intendierten Konsequenzen institutioneller Eigendynamiken“ aufbereitet, für die ihr das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Anfang Dezember den Wissenschaftspreis Bürokratie verliehen hat. Der Preis zeichnet Forschungsarbeiten aus, die zeigen, wie Bürokratie funktioniert und wie Verwaltungen effizienter, transparenter und bürgernäher werden können. Der Wissenschaftspreis Bürokratie wurde von Fritz Hellwig, dem Gründungsdirektor des IW, gestiftet und ist mit 5.000 Euro dotiert. Die diesjährige Jury bestand aus Martin Hellwig (rechts), IW-Direktor Michael Hüther (links), Oliver Lepsius (Universität Münster), Wolfgang Seibel (Universität Konstanz) und Eva Terberger (Universität Mannheim).



Foto: IW

Neuer Abo-Preis

Gestiegene Kosten zwingen die IW Medien, den Bezugspreis des iwd im Jahr 2026 auf 13,64 Euro pro Monat inklusive Mehrwertsteuer und Versand anzuheben.